

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Biwelsjährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Wurst. Beilage 6.00 M.
Ausgabe B 6.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus! Ausgabe A 7.05 M. Ausgabe B 6.00 M. —
Die Sächsische Volkszeitung erscheint am allen Wochenenden nachm. — Schriftrunde des Redaktions: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für obige Spalten 90 M., im Heftmehrteil 2.50 M. Familien-Anzeigen 80 M. — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch Herausgeber aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Die Auslieferung

Unsere Feinde oder wenigstens der größte Teil von ihnen wollen ihren „Sieg“ über Deutschland bis zur Neige holen und deshalb fordern sie die Auslieferung durch Überreichung einer Liste, die durchaus willkürlich zusammengesetzt ist und die Namen der meisten in ganz Deutschland hochverehrten und hochverdienten Helden führt. Diese „Kultur“ der Entente steht einzig in der Weltgeschichte da und ist eine Leistung, die in ihrer ganzen Gemeinheit und Verwerflichkeit auf die „Sieger“ zurückfällt. Deutschland hat von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß es an dieser Auslieferung nicht mitmischen kann. Es hat sich bereits erklärt, wirklich schuldige Personen — und daß es solche genau so wie bei den Geheimen auch sei uns gibt, wer wollte das bezeugen? — vor einem obersten Gerichtshof in Deutschland zu stellen, und ein Gesetz darüber ist im Dezember vorigen Jahres von der Nationalversammlung verabschiedet worden. Die deutsche Regierung ist darüber noch hinausgegangen und hat auch die Beteiligung der feindlichen Mächte an diesem obersten deutschen Gerichtshof bis zu einem gewissen Grade zugestellt. Aber vor allem Frankreich, England und Belgien wollen ihre Rache haben und bestehen auf ihrem Ziele, der im Sommer vorigen Jahres unterzeichnet werden sollte. Denn darüber sollte doch kein Zweifel mehr bestehen, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages eine Notwendigkeit war, der wie und gar nicht entzogen lonten. Aber diese Unterzeichnung ist unter Protest erfolgt und die deutsche Regierung hat sofort erklärt, daß ihr die Auslieferung nicht möglich sei.

Die Alliierten verlangen auch die deutschen Helden auf ihre Kollagebank, vor denen sie vier Jahre gesessen haben und deren Herren sie nur durch ihre Übermacht und durch die Hungerblöcke überwältigen konnten. Sie wollen das schon mehrfach gesuchte deutsche Volk nun noch elend machen, das deutsche Volk, das in so heldenhaften Weise jahrelang gelitten und gesritten hat. Sie wollen uns elend machen, sie können es aber nicht, denn alles, was wir unter Erfolglosigkeit verloren haben, fällt auf sie selbst zurück.

Eine andere Frage ist die, ob nicht auf unserer Seite im letzten Jahre manches versäumt worden ist bzw. manches im Kriege Verlorene früher hätte nachholen werden und vor allem die Einsehung des obersten Gerichtshofs bei uns selbst hätte früher erfolgen müssen. Aber es ist ja noch sehr zweifelhaft, ob sich dadurch hätte etwas verhindern lassen. Eines jedoch hätte unbedingt geschehen müssen, woran wir an dieser Stelle immer wieder hingewiesen haben, nämlich, daß das deutsche Volk hätte sich beim Übergang vom Kriege zum Frieden, bei diesem Übergange weit würdiger benehmen müssen. Dafür haben wir es erleben müssen, wie die einen von den Unabhängigen sich haben aufspießen, die anderen aber von einer nicht minder hohen, nationalistisch-chauvinistischen Welle haben treiben lassen. Deides hat in gleichem Maße verderbt gewirkt. Was in der Mitte lag hat zur Vernunft gemahnt, aber ohne den wünschenswerten Erfolg zu erzielen. Millions jedoch haben ihre politische Tätigkeit darin erstickt geschehen, daß sie einmal in ihrem Leben am 19. Januar zur Wahl gingen, dann haben sie sich's wieder am Samstag, dem Kubowitz ihres Lebens, bedeckt gemacht. Andere Millions haben sich innerhalb ins Vergnügen gefüllt, haben getanzt, wieder getanzt und nochmals getanzt und haben nicht den Abstand gehabt, in den wir uns und sie sich fürchten, oder wollten ihn nicht sehen. Und je teurer es wurde, desto selber wurde der Vergnügungsraum, und während weitere Millions den ehrlichen Menschen nicht wissen, woher sie das Geld nehmen sollten, um morgen etwas an den Tisch zu bringen, verblödenden anderen an einem Abend tanzen und wieder anders verdorben zehn Stunden. Das alles hat — es muß das ausgeschlossen werden — nicht nur unseren wirtschaftlichen Kredit verschlechtert, sondern auch unser moralischer Ruf ist dadurch außerordentlich gesunken.

Wird nun die Überreichung der Auslieferungsliste auch die Männer und Frauen und all die Indifferenter aufstellen wird sie Ihnen zeigen, daß nunmehr alles Trennende verhindert werden muss, daß kein Deutscher seine Hand zur Auslieferung eines Mannes wie Hindenburg bieten darf. Zu Seiten des Sieges und der Hochstimmung sind fast überall eiserne Hindenburgs und eiserne Mitternachten entstanden, nicht nur diejenigen, die auf eine Auszeichnung rechnen durften, haben genugt. Aber es waren das Seiten, die uns eine letzte Auszeit verschlossen. Heute gilt es, keinen eisernen Hindenburg zu benageln, jetzt nicht es, den lebendigen Helden zu schützen und zu töten. Selbst im Platz wie die „Tötliche Münchhausen“ (Nr. 65) schreibt:

„Die deutsche Regierung lehnt ab, Vollstrecker der Schmach zu sein. Es ist nicht an der Zeit, um einzelnes zu rechten, nicht an der Zeit, die Schuldenrechnungen der jüngsten Vergangenheit aufzumachen — jetzt heißt es, Persönliches und Verechtiges dem Ganzen unterordnen und geschlossen hinter der Regierung stehen, als einiges Volk die ungewisse Schmach ablehnen; denn nicht um das Schicksal der 900 Deutschen, die verurteilt sind, bevor sie angeklagt werden, kommt es sich, sondern um Ehre und Schicksal des deutschen Volkes, das diese Schmach nicht ertragen darf.“

Ja, wenn ja, dann müssen wir jetzt ein einiges Volk sein, das nicht dastehet. Nicht die Freiheit eines einzelnen, und wenn sie noch ist, kann uns da helfen, sondern nur der einzige Wille des

Volkes, der sich hinter die Regierung stellen muss. Es hat und daher auch die Haltung des Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris, Freiherrn von Below, nicht im mindesten impoliert. Denn dieser Herr mühte doch wohl, daß die Überreichung der Liste kommen könnte und würde. Wenn er sie also nicht entgegennehmen und weitergeben wollte, so hätte er sich das früher überlegen müssen. So aber hat er lediglich die Erklärung der Liste und damit die Majestäten der Regierung verzerrt. Wir müssen jetzt nach außen als geschlossenes Ganzes auftreten und als nationale Einheit dem gegenüberstehen, was kommt.

Dazu ist aber vor allem der innere Friede eine unabdingbare Voraussetzung. Das sollte sich niemand mehr gestatten lassen, wie die sächsische Regierung. Und doch auch sie gewollt ist, für den inneren Frieden zu sorgen, das sollte sie sühnlich durch die Tat beweisen, indem sie den Raubzug gegen die konfessionellen Schulen einstellt. Auch die sächsische Regierung möge die Freiheit der Zeit nicht verlieren und alles tun, um nicht zu den Schmach von außen auch noch eine solche im Falle dem Volke anzuladen, was einer nicht mehr erträglichen Belastungssprobe gleich käme.

Wir wollen ohne Unterschied der Parteien und der Weltanschauung in dieser schwersten Stunde des deutschen Volkes zusammenstehen, aber wir wollen und müssen es tun, im Gedanken an die Freiheit im Innern, auch im engeren Vaterlande, um für die Freiheit, deren leipe Gasse von außen bedroht ist, einzutreten zu können. Ist.

Arbeitsgemeinschaft

Wenn wir heute rückblicken unseres Wirtschaftsstandes des vergangenen Jahrzehnts, und wenn wir dabei zu den Nachzügen des australischen Reichsstandes auch in rechtswidriger und unethischer Beziehung Stellung nehmen wollen, so fällt uns immer wieder als Kern, und Angelpunkt aller dessen, was in Wahrheit die Krise des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf. An der politischen Regierungsumstaltung in diesen beiden Teilen, die für den Wirtschaftsprozeß durch ihre geistige und körperliche Arbeit in eicher Linie in Wachstum kommt, hat es leider oft genug in schweren Zeiten gefehlt. Antikapitalistische Führung hat immer und immer wieder versucht hier Mithilfe zu schaffen. Es kam aber meistens über die Nächte von Sonntagnachmittag oder über den Morgen eines freudigen Parteitags nicht heraus. Die einzige volkstümliche Art hatte auch insofern der Leiterpartei Antikapitalistische Arbeitnehmer persönlich nicht sehr oft, als das früher der Fall war. Gedankengänge kamen zu Hilfe, um die Idee lange vorher und da fürsorglich gepflegt worden waren. So gewann der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft zwischen Industriellen und gewerblichen Arbeitnehmern und Arbeitnehmern immer breiteren Raum und noch vor der Revolution wurde davon die soziale Arbeitsgemeinschaft begonnen. Da der Sturm- und Drang, der das deutsche Wirtschaftsleben nach den revolutionären Veränderungen seiner angesicht war, ergab sich die beste Gelegenheit zur Kraft auf Arbeitsfähigkeit, Produktivität und Erfolgsfähigkeit dieser Arbeitsgemeinschaft. Heute kann man nun sagen, daß die industrielle Arbeitsgemeinschaft, ob sie ein grundlegender wirtschaftlicher Natur in ganz Deutschland ausgedehnt und gezeigt ist, eine leise Pfeife dient, von welcher aus der Beleidigung dieser Arbeitsgemeinschaft sich über einen Jahrreich hinweg auf die ganze Welt ausstreckt, von wirtschaftlichem Material her, und findet sich in einer Proklamation, die einer der ehemaligen Vorstände der Arbeitsgemeinschaft und ihr wiedergewählter Vorsitzender und Sekretär Dr. Reichenbach herausgaben hat. Danach ist der Bund der Arbeitsgemeinschaft die gemeinsame Sphäre der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen. Als Organe dienen der Zentralvorstand und Generalausschuß. Die Zentralausschüsse befinden sich in 14 Reichsbahngemeinschaften für die einzelnen Bahnhofsbezirke. Die Reichsbahngemeinschaften können sich in Kreis-, Bezirk- und Kreisräumen gliedern. Oberste Organe sind die Partei, der Schatz der Widerberthen und das Schließkennungsschrein der angeschlossenen Organisationen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs.

Vor einigen Wochen, am 12. Dezember 1919 hat man in Berlin die konstituierende Sitzung des Zentralausschusses stattgefunden. Der Zentralausschuss ist als eine Kammer von Abgeordneten der einzelnen Unternehmer- und Arbeitersorganisationen abzuführen, während der Zentralvorstand von den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet wird. Er will ein Parlament der deutschen Arbeiter bilden. Hier treten auf Grund der besten Aussichten die ersten Körner der Unternehmer und Arbeitnehmer zusammen, um sich über die Wirtschaftsvollmacht einig zu werden. Auf der Sitzung vom 12. Dezember sind in diesem Zweideck nun acht Ausschüsse angeordnet worden, für Lohn- und Arbeitsbedingungen, für sozialpolitische Belange, und Arbeitserziehung, für Wirtschaftspolitik, für Wohlfahrtsverwaltung, für Kohlen- und Verkehrsfragen, für Steuerwesen, für Durchführung des Friedensvertrages und endlich für die Auslegungen und Tatenziele der Arbeitsgemeinschaft.

Es liegt in der Natur der Sache, daß ein so grundlegendes und mit vielen, bislang hohen und drähen festgewurzelten Auslöschungen großflächig abhängendes Werk nicht sofort auf beiden Seiten des verschwundenen Reiches sich erfreuen konnte. Zumeist haben sich irgendwo die Ausschüsse gelöst und es ist berechtigt, daß gerade auch die Arbeitnehmer sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft gestellt haben. Auch die freien Gewerkschaften haben diesen Schritt getan. Dr. Reichenbach hat darum durchaus recht, wenn er behauptet, daß der Grundgedanke richtig und ein Zusammenschluß von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wohl möglich ist.

Doch die Arbeitsgemeinschaft insbesondere auch bei der Regierung und den bürgerlichen Parteien hatte Schwierigkeiten, kaum wohl-

Freitag, 6. Februar 1920

Gesprecher 21 866
Postcheckkonto Leipzig Nr. 14 791

taum des weiteren nachgewiesen zu werden. Vor allem ist, je breiter zu diesem Thema zutreffend die „Wermutha“, im Laufe der Zeit aus dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei der Arbeitsgemeinschaft reiche Zustimmung zugetragen worden. Die Arbeitsgemeinschaft im einzelnen auszuwählen, müssen alle Bevölkerungen daher in Zukunft mit allen Kräften bemüht sein, Aufgaben, wobei wie weiter, liegen, aber es da in Hülle und Fülle. Da einer Einheit steht da, so kommt sie leicht vor und das Verlangen nach Arbeitsteilung. Deutet, wo wir auf einem Streit in einem neuen hinzugekommen werden, erscheint der innere Frieden, der Wirtschaftsschlüssel, als das heiligste Gebot. Jeder Streit fördert unseren freien Wirtschaftsvertrag. Wie kann man den Kampf im Innern fördern und führen, wenn man Frieden nach außen gehalten hat? Man muß die Streitkämpfen und das Einigungswollen aufrechterhalten. Die Parteigründung wird zunächst und die Entwicklung zur Vertragstreue eine Notwendigkeit. Erwarten wir die Einigung bei einer Einigung durch Löhne und durch Einführung der Kleinmieten, aber niemand spricht von einem Abbau des Löhns. Eine solche Forderung ist zu Zeiten zunehmender Tendenz eineplatze Unmöglichkeit. Wir müssen einen anderen Weg eintreten. Wie müssen die Arbeitsgemeinschaften auf dem Weltmarkt erhalten.

Damit ist der weitere Streit von Ausgaben der Arbeitsgemeinschaft erledigt. Sie werden sich wohl am besten auf der Arbeitsgemeinschaft selbst erledigen, wenn die sich einmal mehr eingeführt hat.

Gegen die Rheinische Volksvereinigung

Die politischen Parteien des Rheinlands haben folgende Entschließung gefaßt: „Die unterzeichneten Parteien der Rheinlande erklären, daß die Bevölkerung des besetzten Gebietes hiermit öffentlich, daß die „Rheinische Volksvereinigung zur Vertretung der Interessen der rheinischen Lands“ sich mit ihren Betreibungen außerhalb der Verfassung stellt. Die Mitgliedschaft zur Rheinischen Vereinigung ist daher mit der Zugehörigkeit zu einer der unterzeichneten Parteien unvereinbar. Die Parteien werden unverzüglich ihre Mitglieder, die etwa der rheinischen Volksvereinigung angehören oder deren Betreibungen unterliegen, aus ihren Reihen ausschließen“. Unterzeichnet ist die Erklärung von der Deutschen Volkspartei, Deutschen Volkspartei, Zentrumspartei, Deutschen demokratischen Partei und sozialdemokratischen Partei.

Die unabhängige Sozialdemokratische Partei lehnt zwar die Unterzeichnung dieser gemeinsamen Entschließung unter Bezugnahme auf die Angabe des preußischen Ministers des Innern, Helmuth, erklärt aber ausdrücklich, daß sie jede Lösungsbeschreibung der Rheinlande vom übrigen Reich aus schärfste Bedenken. Anfolgendes erklärt sie, daß die Mitgliedschaft zur Rheinischen Volksvereinigung mit der Zugehörigkeit zur unabhängigen sozialdemokratischen Partei unvereinbar sei und sie solche ihr bekannte Mitglieder der Partei aus ihren Reihen weisen werde.

Der Standpunkt der Rheinischen Zentrumspartei

Der Provinzialausschuss der Rheinischen Zentrumspartei hat in einer Sitzung in Köln am 8. Februar 1920 unter dem Vorsitz des Vorsitzenden der Partei, des Reichs-Abgeordneten Timmern, auf einstimmigen Antrag des Vorsitzenden der Partei ebenfalls einstimmig folgende Entschließung beschlossen:

1. Nachdem der Rheinische Parteitag in Köln und der Rheinparteitag in Berlin zur Rheinlandfrage eine Zieldnung aufgenommen haben, ist lebhaft undlich, daß das Mitglied der Zentrumspartei an die Konstitution gezwungen wird.
2. Durch den Beschluß des Rheinischen Parteitages vom 16. September 1919 ist als deren Zelle festgestellt, daß die Verwirklichung der rheinischen Selbstständigkeit nur im Zusammenhang mit der territorialen Umgestaltung des alten Reiches stattfinden hat.

Wenn der Reichsparteitag sich nur zu der Frage des allgemeinen Anbaues des Reiches ausgesprochen hat, so ist dies lediglich aus dem Grunde geschehen, weil für die befürdete Rheinische Frage an den Beschlüssen des Rheinischen Parteitages als maßgebend angesehen wurde.

3. Mit diesen Maßnahmen ist das Vorhaben der ehemaligen Mitglieder nicht vereinbar, die an der Tagung der Rheinischen Volksvereinigung in Bonn am 22. Januar 1920 teilgenommen haben und deren Beschlüsse begegneten sind.

Zum Rheinischen Parteitag hat nunmehr nichts so Befürchtetes erwartet, was die „vorläufige“ Befreiung der Zentrumspartei mit Rückicht auf nationale Notwendigkeiten oder „rheinische Interessen“ gerechtfertigt erscheinen lassen könnte.

Die Entscheidung darüber, ob die Vorabsessionen zur Aufhebung der Zentrumspartei gegeben sind, ist Sache der damaligen Volksvertretung und der Reichsregierung. Die befreiglichen Anträge können nur von den offiziellen Parteitagen abgelehnt werden. Dies kann daher weder einzelnen Mitgliedern der Zentrumspartei noch Parteiangehörigen innerhalb der Rheinischen Volksvereinigung zugestanden werden.

4. Vor allem verträgt sich die vorläufige Bildung eines befreiten Parlaments für das befreite Gebiet nicht mit der Verfassung des Reiches und den Beschlüssen der Zentrumspartei und steht insbesondere in Widerspruch mit den geforderten Interessen.

Ein Zusammenschluß mit Herrn Dr. Dorren ist nach deinem bisherigen Verhalten für Mitglieder der Zentrumspartei durchaus unzulässig und vom Standpunkt der gründeten Zentrumspartei aus unerwünscht. Diejenigen Mitglieder der Zentrumspartei, die an ihrer Mitgliedschaft bei der Rheinischen Volksvereinigung und an irgendwelcher gemeinsamen politischen Kette mit Herrn Dr. Dorren teilnahmen, sind aus der Partei ausgeschlossen.

Der Prozeß Gräberger-Selßrich

Berlitz, d. Februar. In der heutigen Sitzung des Prozesses Grzberger-Helfferich wurde der Fall Dombröwski behandelt. Am 31. Juli war im "Berliner Tageblatt" eine G. D. gezeichnete Notiz erschienen, die Helfferich vorwarf, er habe als Beamter des Kolonialamtes das Interesse für die Deutschniederländische Bank erwacht, was für den Staat nachteilig war. Darauf sei er später Direktor der Deutschen Bank geworden. Helfferich legte dar, weshalb er vermutete, daß Erzberger die Notiz inscrite. Erzberger verfehlte immer mit Dombröwski im Weimarer. Nach Auflösung Helfferichs erklärte Dombröwski im "Berliner Tageblatt", daß er das Opfer einer Fälschung sei. Helfferich erörterte die Unabwürdigkeit Erzbergers und wollte dabei auf die Auskunftserlaubnis zu treten kommen, was der Vorsitzende ablehnte. Der junge Dombröwski erklärte, daß Redaktionsgeheimnis während zu halten, er könne aber erklären, daß die Notiz nicht von Erzberger stammte. Eine ihm bekannte und vertrauliche Persönlichkeit habe ihm in Weimar das Manuskript mit Informationen über das Kolonialamt gegeben. Darauf habe er erklärt, daß Erzberger nichts davon wisse. Der Verteidiger Erzbergers teilte mit, daß Dr. Dreisen das Manuskript übergebe. Der Junge erklärte, nicht antworten zu können. Dr. Dreisen als Zeuge weiß nicht mehr genau, ob er Dombröwski das Manuskript gab mit der Weisung, die Angaben nachzuprüfen. Er bedauerte, daß Helfferich auf Grund dieses Manuskriptes so scharf angegriffen wurde. Helfferich habe ihm politisch näher als Erzberger. Er hätte gedacht, daß Dombröwski die Informationen nachprüfen werde. Die Unterschrift unter dem Manuskript sei ihm vollkommen zuverlässig erschienen. Die Verhandlung wurde sodann auf Montag vertagt. Es soll wahrscheinlich in Anwesenheit Erzbergers die kommissarische Aussage Thomsens verlesen werden.

Die Namen der Liste

Berlin, 5. Februar. Die nachstehende Liste ist der Reichsregierung durch die Weisung des Herrn v. Borsner, die Note des Verbandes entgegenzunehmen, offiziell noch nicht zugegangen. Sie enthält außerdem öffentlich unrichtige Namen, und auch für ihre Vollständigkeit kann keine Gewähr übernommen werden. Dennoch glaubt die Reichsregierung, sie der Gesamtlichkeit übergeben zu sollen, weil in den weitesten Kreisen ein außerordentliches Interesse daran besteht, die Auslieferungsliste sobald als möglich kennen zu lernen. Die Buchstaben hinter den Namen geben den Staat an, der das Auslieferungsverlangen stellt (Fr. = Frankreich, It. = Italien, De. = Deutschland usw.). Die Liste enthält folgende Namen:

Das Schreiben v. Bersnerg

London, 5. Februar. Die englischen Zeitungen veröffentlichten den Text des Schreibens, das Fehr. v. Personer an den Präsidenten der Freibenslonsering Willebrand gesandt hat. Es lautet:

Varde, den 3. februar.

Eure Exzellenzen haben mir heute abend eine Note übermittelt, die die Namen der Deutschen enthält, deren Auslieferung die alliierten und assoziierten Mächte verlangen. Ich habe den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen gehämmert schriftlich und dreizehnmal mündlich auf das Eindringlichste die Gewürde der Unmöglichkeit der Auslieferung dargelegt, wie immer auch die soziale Stellung und der Name des Beschuldigten sei. Ich rufe Eurer Exzellenzen die Erklärungen, die ich ständig wiederholt habe, in Erinnerung. Was wird keinen deutschen Beamten finden, der sich dazu hergeben dürfte, in irgend einer Weise zur Ausführung des Auslieferungsbesegelndes Beizutragen. Es läute einer Verhölfle gleich, wenn ich die Note Eurer Exzellenzen der deutschen Regierung übermitteln würde, und ich schicke sie Ihnen beigeöffnet zurück. Ich habe meiner Regierung mitgeteilt, daß ich meine Funktionen nicht mehr weiter ausüben kann und Paris mit dem nächsten Zug verlassen werde. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Verabsichtung meiner Hochachtung, geg: v. Berbner.
Paris, 5. Februar. Ihr. v. Berbner hat Paris Mittwoch abend 10 Uhr verlassen.

Paris, 5. Februar. Die Botschafterkonferenz trat gestern vormittag unter dem Vorsitz von Millerand zusammen. Sie nahm Kenntnis von dem Schreiben des Herrn von Berndt und diskutierte über die zu erstellende Antwort. Ferner wurde die Frage besprochen, auf welchem Wege der deutschen Regierung das Dokument übermittelt werden könnte, dessen Weiterleitung v. Berndt ausgeschlagen hat. Wahrscheinlich wird man sich des französischen Geschäftsträgers in Berlin bedienen. Die Botschafterkonferenz verhandelte am Nachmittag über die gleichen Fragen. Das Schreiben v. Berndt und die Antwort der Alliierten werden wahrscheinlich heute abend veröffentlicht werden.

Die Stellungnahme des Reichsrates

Berlin, 5. Februar. Der Reichsrat stimmte heute der folgenden vom preußischen Minister des Innern beigelegten Erklärung zu: Der Reichsrat als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder bekennt sich zu dem kundgegebenen Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Auslieferung Deutscher an den Verland. Der Reichsrat, weit eniger, gesetzlich strafbare Taten einer ordentlichen Untersuchung und Ahndung vor deutschen Gerichten entziehen zu wollen, teilt die Empörung des deutschen Volkes über die Beleidigung des Verlaudes, ihr Hunderte deutscher Männer auszuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei geschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen des Verbandes für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen diese dem deutschen Volke angelane Schmach an den Gerechtigkeitsge-
sinn der Welt. Die Mitglieder des Reichstages hatten sich während der Verleihung von ihren Plätzen erhoben. Minister Dr. David im Anschluß sagte hieran: Für die Reichsregierung ist es außerordentlich wertvoll, daß der Reichsrat als berufener Vertreter der Einzel-
länder geschlossen hinter der Reichsregierung stehe. Es ist von größter Bedeutung, daß hier alle Stämme unseres Volkes aus Ost und West, Nord und Süd in der Meinung durchaus einig sind, daß das Verlangen des Verbandes für uns, für jede deutsche Regierung unerfüllbar ist. Auf dieser Einigkeit ruht die Politik der Regierung ruhen.

Roske zur Auslieferung

Berlin, 5. Februar. Der Reichswehrminister Woelke äußerte sich zu einem Berichtsstück der „Daily Mail“ u. a. wie folgt:

Ich habe vor ungefähr acht Tagen mit dem englischen Geschäftsträger über die Auslieferungsfrage gesprochen. Ich glaube, daß es das beste ist, wenn ich Ihnen jetzt das gleiche wiederhole. In der Auslieferungsangelegenheit werde ich nicht das geringste tun, um der Forderung der Entente zu entsprechen, nicht, weil mir außer gelegen ist, den Friedensvertrag zu sabotieren, sondern weil mein Mensch in Deutschland in der Lage ist, diese Forderung des Friedensvertrages zu erfüllen. Der englische Geschäftsträger hat mir daraufhin geantwortet, daß es sich um eine Bestimmung des Friedensvertrages handelt. Das ist richtig. Aber jeder Mann, der über die Vorgänge beim Friedensschluß unterrichtet ist, weiß es, daß es noch damals über die sogenannten Schadisparagraphen zu schwere Konflikte gekommen ist. Noch nie nach einem Kriege ist ein solches Ansehen einem Volke gestiftet worden. In Frankreich gibt der Fall Mordling eine Probe der zu erwartenden Rechtsprechung. Hier davon ganz abgesehen, der Versuch, auszulösen, scheitert sofort, wenn auch nur der Anfang dazu gemacht wird. Die Durchführung ist einfach unmöglich. Die Truppen würden einem Befehl, bei der Auslieferung mitzuholen, niemals Folge leisten. Das Instrument, das jetzt allein die Ruhe gewährleistet, würde zerbrechen. Wenn ein anderer an meiner Stelle versuchen würde, mit Hilfe der Truppen die Auslieferung durchzuführen, so würde er keine Autorität haben und nichts erreichen. Die Sache ist also fertig.

und nichts erreichen. Die Sodlage ist also so:
Wenn ich und meine Ministerkollegen versuchen würden, die Verforderung der Entente zu erfüllen, die ich für schändlich und schimpflich halte, so würden wir das Land in schwerste Wirren bringen. Wer regieren soll, wenn die Regierung zurücktrete, kann ich mir nicht vorstellen. Eine Parlamentarischheit, welche die Gewalt weiterführen will, wäre nicht vorhanden. Auch die Unabhängigen, die dazu vielleicht bereit wären, hätten keine Möglichkeit, die Auslieferung durchzuführen. Wer die Auslieferung verhindert, würde den Bürgerkrieg entfesseln. Eine Regierung der Konservativen ist undenkbar. Sie würde erst recht nicht ausliefern. Es kommt also darauf hinaus, dass die Entente, nachdem sie vier Jahre lang als Kriegsziel die Demokratisierung Deutschlands angegeben hat, die jetzige Regierung stürzt, ohne die Möglichkeit, eine leistungsfähigere zu erhalten."

Die Erklärung der preußischen Landes-

verfammung

Berlin, 5. Februar. Die heutige Sitzung der preußischen Landesversammlung, die auf 12 Uhr heraufsetzte, wurde um 2 Uhr 10 eröffnet. Von der Regierung war Minister Heinze anwesend. Präsident Heinert sprach aus: Meine Damen und Herren! Sie haben alle Kenntnis davon erhalten, daß gestern der rechtmäßigen Reichsregierung die Liste der nach Artikel 228 des Friedensvertrages den alliierten und assoziierten Mächten auszuliefernden deutschen Staatsbürgern vorgelegt worden ist. Aus diesem Anlaß hat sich das Volles eine ungewöhnliche Erregung bemächtigt. Alle empfinden, daß das Verkennen der alliierten und assoziierten Mächten die Freiheit des deutschen Volles aufs tiefste verletzt. Denn, wenn wir auch den Krieg verloren haben, so haben wir doch damit unsere Freiheit nicht verloren. Das ist die Überzeugung aller Angehörigen des deutschen Volles. Die schmachvolle Humiliation der gegnerischen Mächte hat die Reichsregierung immer als unverhinderbar und unmöglich bezeichnet. Dem schließt sich das deutsche Volk und die preußische Landesversammlung an. Sie sind überzeugt, daß es keinen Deutschen geben wird, der es unerhörte Verlangen der Entente erfüllen wird. Am Augenblick ist noch nicht bekannt, welche angeblichen Freiheitsverstöße die Entente den auf der Liste verzeichneten deutschen Staatsbürgern zur Last setzt. Wir wissen also nicht wann und wieviel solchen Umständen die Auslieferung verlangt wird. Aber schon die tatsächliche allein, daß die Entente die Liste der Auszuliefernden überreichte, hat eine noch nie dagewesene ungewöhnliche Empörung und Entrüstung im Volle ausgelöst. Die preußische Landesversammlung ist ergripen von diesem einmütigen Empfinden unseres schwer leidenden Volles. Um ihre Übereinstimmung mit dem alle festzustellen und der unsagbaren Trauer Ausdruck zu geben, über-

Freitag den 6. Februar 1920.

Sächsische Volkszeitung

Nr. 30

Die glückliche Geburt eines
gesunden Mädchens
zeigen in dankbarer Freude an
Oskar Hoppe und Frau Thea
geb. Semank
Klein-Zschachwitz, den 4. Februar 1920

Katholischer Bürgerverein zu Dresden
Von Sonntag den 8. Februar, nachm. 5 Uhr
Stiftungsfest

im Saale des „Neustädter Kasino“, Königstr. 15
bestehend in
Theater, dargeboten vom Dramatischen Verein
„Lügner“, sowie Ball und Gabenlotterie
Eintrittskarten à 1.50 Mark durch Buchhandlung Beck, Schloßstr.
und Hoflieferant Trippenper, Spiegelgasse.

Der Kathol. Jünglingsverein Schirgiswalde
veranstaltet am 8. Februar im Hotel Erbgericht einen
großen öffentlichen Theaterabend
Zur Aufführung gelangen:
1. „Die Wiege von Steinhof“.
2. „Wenn der Herr Meister auf Reisen geht“.
Preise der Plätze: 1. Platz 1.20 Mk., 2. Platz 1.00 Mk., Galerie
75 Pf., an der Kasse 25 Pf. Zuschlag. Vorverkauf bei Herrn Rob.
Hauptmann, Pappgeschäft. Eintritt 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Ratholischer Gesellenverein zu Schirgiswalde.
Montag den 9. Februar
Feier des 50jährigen Stiftungsfestes
im Hotel Erbgericht.
Reitordnung:
1. Ansprache und Aufnahme der neuen Mitglieder.
2. „Der Schusterbaron“, Lustspiel.
3. Tanz.
Alle Ehrenmitglieder und Mitglieder, besonders die Gründer des
Vereins, sind herzlich eingeladen. Beginn 6 Uhr.

Halt! Nur 3 Tage! Halt!
Eilt! Überzeugung macht wahr! Eilt!
Der Weg lohnt sich! Neu eröffnet!
Zahl für jeden Zahn mit Platin-Inhalt **13,- Mark.** Kauf je einer
ganzen und zerbrochenen künstlichen Gebisse. — Konkurrenzlos — Auch Pfandscheine
Dresden, Amalienstr. 5, 2. r. Fernspr. 17367.

Kath. Arbeiterverein St. Joseph
Dresden-Johannstadt.
Sonntag den 8. Februar
abends 7 Uhr im Vereinslokal
„Union“, Huttentreute 7
Hauptversammlung.
Erneuerung aller Mitglieder ist
vorgesehen. Der Vorstand.

Gesche zum 1. April **Wohnung**
auf dem Lande: Stube, 2 Räume,
Küche, möglichst mit Gärten.
Angeb. u. G. S. 70*
an die Geschäftsstelle d. V. L. erh.

Bautzner Straße 40
Die Neustädter
Uhrmacher und Goldschmiede
zahlen stets die
höchsten
Tagespreise für
Gold, Silber, Platin
und Brillanten.

Dresden,
Bautzner Straße 40

Unreines Blut
Zur Blutreinigung und Aus-
scheidung aller Schärfe aus den
Gästen gibt es nichts Besseres
als
Rathsfeldisches Pulver

Schachtel Mk. 4.—. Verband:

Grüne Apotheke, Erfurt 209

Gimpelstein mein
reichhaltiges Schuhwarenlager
u. Reparaturwerkstatt. Gute
Qualität, gewissenhafte Preise.

Rudolf Dörrschmidt,
Rosenstraße 29b, Ecke Maternstr.

Tymians Thalia-Theater Anfang
7 Uhr
Täglich: „Zwang-Einquartierung“ — „Streit des Geldes“
Sonntags 2 Vorstellungen um 3 und 7 Uhr

Ich kaufe alte zerbrochene
Gebisse!
Kein Zahn wenn echt unter
Mk. 11.50 Kein Zahn wenn echt unter
Mk. 11.50
pro Zahn, wenn echt von 11.50 — 60 Mk.
Brennstifte nach Gewicht bis 160 Mk.
Platinabfälle — Kontakte
pro Gramm 168 Mk.

Schwarz, Dresden, Seestr. 17, II.

40 Ar 10/20.

Ausfertigung.

Einstweilige Verfügung

vom 3. Februar 1920.

Der Kammerjäger Tino Pattiera in Dresden — vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Wilhelm und H. Eisler in Dresden, Prager Straße 45 — hat glaubhaft gemacht, daß er bei seinem Eintragen in die Geschäftsräume der Sportzeitung „Kampf“ am 29. Januar d. J. zwar Gewalt an Sachen und bestige Worte gebräucht, aber keine deutschfeindlichen Ausserungen wie; „Deutsche Lumpen“ getan hat. Ferner hat er bestcheinigt, daß jene Zeitschrift mindestens Darstellungen an auswärtige Blätter versende und daß sie eine, ihm erneut bloßstellende bildliche Wiedergabe ihrer Namen plane.

Auf seinen Antrag wird daher in Kraft einstweiliger Verfügung gemäß § 940 I, B. O.

1. dem Schriftleiter Hans Scholz, hier, Stormstraße 2.
 2. dem Verlag der Sportzeitschrift „Der Kampf“, Dresden 19, Stormstraße 2. 1., zur Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mark für jede zu widerhandlung oder von Haftstrafe bis 6 Wochen verboten:
- a) Veröffentlichungen im Kampf oder in anderen Blättern zu bringen, in denen Pattiera deutschfeindliche Ausserungen zugeschrieben werden.
 - b) Abbildungen ihrer Geschäftsräume in der Form in die Deutschen Zeitung zu bringen, daß daraus das in Nr. 4 der Sportzeitschrift Kampf vom 28. Januar 1920, Seite 16 erschichte, fälschlich mit Pattiera's Voranschallt versehene Bildergeschäft erkennbar ist.

Landgericht Dresden, 9. Zivilkammer

Dr. Hugo.

Ausgefertigt am 3. Februar 1920.

Der Gerichtsschreiber des Landgerichts Dresden.

Thieme, Ger. Zelt.

Dresden, am 3. Februar 1920.

Ich such e alte Gebisse

auch zerbrochene und ganz
alte Teile zu kaufen.

Pro Zahn
zahl Platinverarbeitung bis 50 M.,
in besonders wertvoller
Verarbeitung Gebiß bis
2000 M.

Da ganz alte Gebisse oft einen besonders hohen Wert
repräsentieren, (das Mehrfache des Friedensauschaf-
fungspreises), dessen Höhe nur fachmännisch festge-
stellt werden kann, bitte ich, diese Gelegenheit nicht
zu versäumen.

— Brennstifte, Platin Tagespreise. —

Ankauf nur 2 Tage,
Freitag den 6. und Sonnabend den 7. Februar von
10 bis 5 Uhr in **Dresden** im
Hotel „Deutscher Herold“, Postplatz.
Arnurius.

Gebisse
Zähne und Platin,
alle Arten Schmucksachen
zu höchsten Tagespreisen
kauft
Geyer, Steinstraße 5, II.
Handel ausgeschlossen. Dresden

Amtliche Bekanntmachungen

Amerikanisches Weizenmehl für Binnenschiffer

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt:
§ 1. Binnenschiffer, die während der Zeit vom 8. bis 14.
Februar 1920 in Dresden anwesend sind, erhalten auf den für
unvorhergesehene Verteilungen bestimmten Abschnitt 1 der Lebens-
mittelkarte für Binnenschiffer nach näherer Bestimmung des § 2
ein halbes Pfund amerikanisches Weizenmehl
in den für die Belieferung der Binnenschiffer bestimmten Geschäften.

§ 2. Die Geschäftsinhaber haben den Abschnitt 1 der Lebens-
mittelkarte für Binnenschiffer nur dann zu beliefern, wenn er vom
Stammabschnitt der Lebensmittelkarte noch nicht abgetrennt ist und
die Lebensmittelkarte sich auf die Zeit vom 8. bis 14. Februar 1920
mit erfreut.

Mit den belieferten Abschnitten haben die Geschäftsinhaber die
angegebenen Mengen in der bisher üblichen Weise zu beliefern.

§ 3. Der Preis für 1 Pfund amerikanisches Weizenmehl bei
der Abgabe an die Verbraucher beträgt 25 Pf.

§ 4. Auslandshandlungen werden auf Grund der Bundesrat-

verordnung vom 26. September 1915 bestraft.

Dresden, am 3. Februar 1920. Der Rat zu Dresden.

Werbe-Drucksachen

Illustrations-, Drei- und Vierfarbendrucke
Massen-Auflagen in farbigem Rotationsdruck

Geschmackvolle Ausführung :: Kurze Lieferzeit :: Mäßige Preise

Verlangen Sie unverbindliches Angebot